

Empörung über Grünen-Politikerin: Steuergelder für Büroverkauf genutzt!

Eine Grüne Abgeordnete verkauft ihre Büro-Ausstattung nach dem Verpassen des Bundestageintritts – der Steuerzahler zeigt sich empört.



Berlin, Deutschland - Eine umstrittene Entscheidung einer Grünen Bundestagsabgeordneten sorgt derzeit für Aufregung. Christina-Johanne Schröder verkauft ihre gesamte Büro-Ausstattung, die zuvor mit Steuergeldern finanziert wurde. Zu den verkauften Geräten gehören Monitore, Tastaturen, USB-Kabel und ein iPhone. Diese Aktion hat bei zahlreichen Bürgern und Steuerzahlern für Unmut gesorgt.

Christina-Johanne Schröder hat den Einzug in den Bundestag verpasst und sieht sich nun gezwungen, ihr Polit-Büro aufzulösen. Der Erlös aus dem Verkauf der Geräte scheint ihr jedoch einen finanziellen Vorteil zu verschaffen, denn sie verkauft alles als nachhaltige Aktion und bietet tatsächlich

funktionierende Elektrogeräte gebraucht an. Üblicherweise geben Abgeordnete ihre gebrauchten Materialien an Nachfolger weiter oder verschenken sie, was dieses Vorgehen besonders kritikwürdig macht.

Finanzielle Unterstützung für Abgeordnete

Abgeordnete des Bundestages erhalten verschiedene Geld- und Sachleistungen zur Unterstützung ihrer parlamentarischen Arbeit. Laut Informationen der Bundestagsverwaltung wird ihnen ein eingerichtetes Büro am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin gestellt. So sind die Abgeordneten nicht nur in der Lage, ihre Arbeit vor Ort effektiv zu erledigen, sondern bekommen auch einen jährlichen Betrag von höchstens 12.000 Euro für Büro- und Geschäftsbedarf sowie Kommunikationsgeräte. **Bundestag.de** berichtet, dass diese Beträge nicht in bar ausgezahlt, sondern zur Beschaffung von Büromaterial und Geräten verwendet werden müssen.

Bei einem vorzeitigen Ende der Wahlperiode oder beim Ausscheiden aus dem Bundestag können die Abgeordneten den Jahresbetrag anteilig nutzen. Dies zeigt, dass das Parlament auch bei der Ausstattung der Büros eine gewisse Flexibilität zulässt, dennoch ist der Verkauf der Büro-Ausstattung durch Schröder ein besonders kontroverser Schritt.

Monatliche Aufwandspauschale seit 2025

Zusätzlich zu den genannten Mitteln erhalten Abgeordnete seit Januar 2025 eine steuerfreie Aufwandspauschale von 5.349,58 Euro monatlich. **Wie aus der Webseite des Bundestages hervorgeht**, deckt diese Pauschale unter anderem die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung eines Wahlkreisbüros sowie die Betreuung von Wählern. Jedes Büro hat eine Größe von 54 Quadratmetern und ist mit Kommunikationsgeräten sowie Möbeln ausgestattet.

Die jüngst bekannt gewordene Entscheidung von Christina-

Johanne Schröder, ihre Büro-Ausstattung zu verkaufen, wirft Fragen über den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern auf. Die breite Öffentlichkeit erwartet von ihren gewählten Vertretern, dass sie mit den erhaltenen Mitteln sorgsam umgehen und die Materialien weiterhin für öffentliche Zwecke nutzen, anstatt sie gewinnbringend zu verkaufen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.oe24.at • www.bundestag.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at